

Bundeseisenbahnvermögen

Ergänzende Erklärung

zu § 40 Abs. 1 Nr. 4 Satz 4 BBesG / § 16 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d Satz 4 AnTV

Empfänger- / Personalnummer

Beiliegende Anleitung bitte genau durchlesen!

Vordruck in Druckschrift ausfüllen. Zutreffendes ankreuzen und umgehend der für die **Festsetzung Ihrer Bezüge zuständigen Dienst- / Außenstelle des Bundeseisenbahnvermögens** zusenden. Reicht der Platz für Ihre Angaben nicht aus, bitte einen weiteren Vordruck oder ein besonderes Blatt verwenden.

(Eingangsstempel der Dienst- oder Außenstelle)
--

1	Familienname und Vorname	Geboren am	Amts- oder Dienstbezeichnung
	Straße / Platz Nr.	Postleitzahl, Wohnort	
2	<input type="checkbox"/> Ich beanspruche den vollen Familienzuschlag der Stufe 1, denn der (die) Mitbewohner(in) <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> ist nicht berufstätig / ist nicht aufgrund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst versorgungsberechtigt / steht nicht in Ausbildung <input type="checkbox"/> ist verwitwet <input type="checkbox"/> ist verheiratet <input type="checkbox"/> ist geschieden und erhält bereits Familienzuschlag der Stufe 1 nach § 40 Abs. 1 Nr. 3 BBesG oder entsprechenden Vorschriften wegen Unterhaltsverpflichtung gegenüber dem früheren Ehegatten; zur Nachprüfung nenne ich den (die) Mitbewohner(in): 		
	Familienname und Vorname _____		Dienststelle (Bezeichnung, Straße / Platz Nr., Postleitzahl, Ort) _____
(Ort, Datum)		(Unterschrift)	
3	<input type="checkbox"/> Ich beanspruche den vollen Familienzuschlag der Stufe 1, weil der (die) Mitbewohner(in) nach meiner Beurteilung als Arbeiter(in) / Auszubildende(r) im Dienste eines öffentlich-rechtlichen Arbeitgebers steht (Arbeiter / Auszubildende erhalten keinen Familienzuschlag). Die umseitige Erklärung zu Abschn. 5.1 und 5.2 habe ich ausgefüllt. Zur Überprüfung, ob das Rechtsverhältnis eines (einer) Arbeiters (Arbeiterin) / Auszubildenden besteht, nenne ich den (die) Mitbewohner(in) (entfällt bei Verneinung der Erklärung zu Abschn. 5.1 und 5.2):		
	Familienname und Vorname _____		Dienststelle (Bezeichnung, Straße / Platz Nr., Postleitzahl, Ort) _____
(Ort, Datum)		(Unterschrift)	
4	<input type="checkbox"/> Ich beanspruche den vollen Familienzuschlag der Stufe 1, weil der (die) Mitbewohner(in)		
	Familienname und Vorname _____		Dienststelle (Bezeichnung, Straße / Platz Nr., Postleitzahl, Ort) _____
eine entsprechende Leistung seinerseits (ihrerseits) nicht beansprucht. Ich nehme zur Kenntnis, dass eine Änderung nur für die Zukunft möglich ist und dass die mir zustehende Leistung von dem Zeitpunkt an nur noch anteilig gewährt wird, von dem an der (die) Mitbewohner(in) diese Leistungen selbst beansprucht (Rücknahme seiner (ihrer) Verzichtserklärung):			
(Ort, Datum)		(Unterschrift)	

5 Die Erklärungen unter Abschn. 2 bis 4 treffen für mich nicht zu; ich beanspruche den vollen Familienzuschlag der Stufe 1 und mache dazu folgende Angaben:

5.1 Die von mir nicht nur vorübergehend in die Wohnung aufgenommene(n) oder anderweitig auf meine Kosten untergebrachte(n) Person(en) steht (stehen) zu dem (der) Mitbewohner(in) in folgender Beziehung:

Lfd. Nr.	Familienname und Vorname der aufgenommenen / anderweitig untergebrachten Person (s. Abschn. 3 der Mitteilung zum Familienzuschlag)	Gemeinsames Kind		Gemeinsamer Verwandter (z. B. Eltern, Großeltern)			gesetzlich			sittlich		
		nein	ja	nein	ja	Verwandtschaftsverhältnis	ja	nein	nicht bekannt	ja	nein	nicht bekannt
1		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zu lfd. Nr.	Gründe für sittliche Unterhaltsverpflichtung des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin), falls diese bejaht wird: (falls Platz hier nicht ausreicht, Begründung unter Abschn. 7 fortsetzen):
1	
2	

5.2 **Nur ausfüllen, sofern Sie verwandtschaftliche Beziehungen des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin) zu der (den) von Ihnen aufgenommenen oder anderweitig untergebrachten Person(en) unter Abschnitt 5.1 verneint haben**

Der (Die) Mitbewohner(in) seinerseits (ihrerseits) hat eine Person nicht nur vorübergehend in die Wohnung aufgenommen (z. B. eigenes Kind, unterhaltsbedürftigen Elternteil), zu der ich keine verwandtschaftlichen Beziehungen habe. Als aufgenommen gilt auch eine außerhalb der Wohnung wegen Ausbildung (z. B. Studium) lebende Person, für die der (die) Mitbewohner(in) Familienzuschlag nach § 40 Abs. 1 Nr. 4 BBesG, § 16 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d AnTV oder entsprechenden Vorschriften erhält oder hierauf Anspruch hat:

ja nein nicht bekannt.

5.3 **Nur ausfüllen, sofern Sie verwandtschaftliche Beziehungen des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin) zu der (den) von Ihnen aufgenommenen oder anderweitig untergebrachten Person(en) unter Abschnitt 5.1 bejaht oder Abschn. 5.2 nicht verneint haben**

Der (Die) Mitbewohner(in) ist

- als Beamter (Beamtin) / Richter(in) / Soldat(in) / Angestellte(r) im Dienste des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde, einer anderen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oder deren Verbände beschäftigt

oder

- aufgrund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst versorgungsberechtigt:

ja nein nicht bekannt.

5.3.1 **Wenn nein oder nicht bekannt:**

Arbeitgeber (Bezeichnung, Straße / Platz Nr., Postleitzahl, Ort)

5.3.2

Wenn Sie Abschnitt 5.3 mit "nein" oder "nicht bekannt" beantwortet haben:

Der Arbeitgeber des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin) zahlt einem Verheirateten eine höhere Vergütung als einem Ledigen oder es wird eine höhere Vergütung gezahlt, wenn Kinder vorhanden sind:

ja nein nicht bekannt.

Wenn ja oder nicht bekannt:

Familiename und Vorname des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin)

In diesen Fällen muss noch geprüft werden, ob der Arbeitgeber (Abschn. 5.3.1) die Voraussetzungen des § 40 Abs. 6 BBesG / § 16 Abs. 2 Nr. 7 AnTV hinsichtlich finanzieller Beteiligung der öffentlichen Hand erfüllt **und** ob er dem (der) Mitbewohner(in) eine dem § 40 Abs. 1 Nr. 4 BBesG / § 16 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d AnTV entsprechende Leistung gewährt. Bis zur Klärung kann nur der halbe Betrag gewährt werden. Es werden keine Ermittlungen durchgeführt, wenn zweifelsfrei feststeht, dass eine Beteiligung der öffentlichen Hand nicht vorliegt (z. B. wenn es sich bei dem Arbeitgeber um ein Unternehmen der Großindustrie, um einen Handwerksbetrieb oder ein Kaufhaus handelt) oder der Arbeiter keine dem § 40 Abs. 1 Nr. 4 BBesG / § 16 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d AnTV entsprechende Leistung gewährt.

Hat Ihr(e) Mitbewohner(in) mit Nachteilen zu rechnen, wenn dessen (deren) Arbeitgeber von der Tatsache einer mit Ihnen gemeinsam bewohnten Wohnung erfährt, kann Ihnen die volle Leistung gewährt und von der Einschaltung des Arbeitgebers des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin) abgesehen werden. Voraussetzung ist, dass Sie in bestimmten Zeitabständen Unterlagen Ihres (Ihrer) Mitbewohnerin) vorlegen, aus denen hervorgeht, dass er (sie) eine entsprechende Leistung nicht erhält. Bitte vermerken Sie diesen Sachverhalt unter Abschn. 7.

5.4

Nur auszufüllen, wenn Sie Abschn. 5.3 bejaht haben

Geben Sie bitte an:

Familiename und Vorname des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin)

Dienststelle (Bezeichnung, Straße / Platz Nr., Postleitzahl, Ort)

Bei der Dienststelle des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin) muss in diesen Fällen rückgefragt werden, ob dem (der) Mitbewohner(in) eine Leistung nach § 40 Abs. 1 Nr. 4 BBesG / § 16 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d AnTV oder eine entsprechende Leistung gewährt wird bzw. zusteht oder ob er (sie) eine Erklärung nach Abschn. 4 abgegeben hat. Von dem Ergebnis ist abhängig, ob Ihnen eine anteilige oder die volle Leistung zu gewähren ist.

5.4.1

Dem (Der) Mitbewohner(in) steht nach seiner (ihrer) Auskunft lediglich wegen Überschreitung des Betrages nach § 40 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 BBesG, § 16 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d Satz 2 AnTV oder entsprechenden Vorschriften Familienzuschlag der Stufe 1 nicht zu. Für die Nachprüfung siehe Name, Vorname und Dienststelle des (der) Mitbewohners (Mitbewohnerin) wie unter Abschn. 5.4

6

In die gemeinsam bewohnte Wohnung sind noch weitere Mitbewohner(innen) aufgenommen worden:

nein ja

Wenn ja: Für jede(n) Mitbewohner(in) ist eine Ergänzende Erklärung nach diesem Vordruck auszufüllen.

7

Sonstige Mitteilungen

(z. B. zu erwartende Änderungen in den hier angegebenen Verhältnissen, Gründe für sittliche Unterhaltsverpflichtung, falls Platz unter Abschn. 5.1 nicht ausreicht)

Die Anleitung für das Ausfüllen dieses Vordrucks habe ich erhalten und vom Inhalt vollständig Kenntnis genommen.

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und richtig sind. Mir ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, jede in den vorstehend dargelegten Verhältnissen künftig eintretende Änderung unverzüglich der für die Festsetzung meiner Bezüge zuständigen Dienst- / Außenstelle des Bundeseisenbahnvermögens anzuzeigen und zu belegen, und dass ich alle Bezüge, die ich infolge unterlassener, verspäteter oder fehlerhafter Mitteilung zuviel erhalten habe, zurückzahlen muss. Aus diesem Grund habe ich eine Durchschrift der ausgefüllten Erklärung zurückbehalten.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Fermündlich zu erreichen unter Ruf-Nummer: _____